



## Niederschrift 27. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 29.06.2006
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:25 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

---

### Anwesend sind:

Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE. PDS	Sitzungsleitung
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE. PDS	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Herr Voehse, Gregor		anwesend bis TOP 7 (18:10 Uhr)
Frau Eiserbeck, Edeltraud		
Herr Harder, Dirk		anwesend bis TOP 7 (18:10 Uhr)
Herr Dr. Henrich, Lutz		
Herr Liebe, Thomas		anwesend ab TOP 2 (16:40 Uhr)
Frau Parthum, Ute		
Herr Wernick-Otto, Frank		anwesend bis TOP 9 (19:00 Uhr)
Herr Schweers, Norbert		
Frau Müller, Elona, Beigeordnete		

### Nicht anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE. PDS	entschuldigt
Frau Basekow, Angela		entschuldigt
Herr Lehmann, Carsten		entschuldigt
Frau Scheuerer, Sabina		entschuldigt

### **Tagesordnung:**

#### Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung
- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 01.06.2006
- 2 Mitteilungen des Jugendamtes
- 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise

- 4 Bericht des STIBB zur Verwendung der ausgereichten Mittel
- 5 Eröffnung Kinderklub Potsdam-West  
Vorlage: 06/SVV/0577  
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 6 Information zu Reihenuntersuchungen bei 2- bis 4jährigen Kindern
- 7 Föderalismusreform und einheitliche Kinder- und Jugendhilfe
- 8 Integrierte Kita-, Hort und Schulbedarfsplanung  
Vorlage: 05/SVV/0955  
neue Fassung
- 9 Sicherung der offenen Kinder- und Jugendarbeit  
Vorlage: 06/SVV/0428  
Fraktion DIE LINKE. PDS
- 10 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 06/SVV/0509  
Oberbürgermeister, FB Jugendamt
- 11 Förderung von Familien  
Vorlage: 06/SVV/0475  
Fraktion SPD
- 12 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und der ordnungsgemäßen Ladung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellvertretende Vorsitzende, Frau Dr. Müller.

Zu Beginn der Sitzung sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

#### **zu 1.2 Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Dr. Müller schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 10 und 11 gemeinsam zu behandeln.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

### zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 01.06.2006**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

### zu 2 **Mitteilungen des Jugendamtes**

#### **Ausschussvorsitz**

Frau Dr. Müller informiert, dass Frau Keilholz in der Stadtverordnetenversammlung am 07.06.2006 als Mitglied des Jugendhilfeausschusses abberufen wurde. Daher ist die Wahl einer/eines neuen Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses erforderlich.

Sie schlägt vor, in der August-Sitzung des Jugendhilfeausschusses die Wahl der/des Vorsitzenden durchzuführen.

#### **Unfall in einer Kita**

Frau E. Müller informiert über den tragischen Unfall eines Kleinkindes in einer Potsdamer Kita. Das Kind hat sich mit seiner Halskette stranguliert.

Es wird ein Schreiben an alle Träger geben, dass die Unfallverhütungsvorschriften unbedingt einzuhalten sind.

#### **Tour der Hoffnung**

Frau E. Müller informiert, dass zum Ende der diesjährigen Sommerferien die Potsdamer Gesundheitsakteure, Bildungsträger, soziale und sportliche Institutionen zusammen mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld im BUGA-Volkspark erstmalig den „Potsdamer Gesundheitsgarten“ planen.

Den Höhepunkt der gesamten Aktion bildet ohne Zweifel das Eintreffen von 200 prominenten Sportlern, Künstlern, Politikern, Ärzten aus der gesamten Bundesrepublik, die auf ihrer „Tour der Hoffnung“ für krebskranke Kinder nach dem Jahre 2000 am 11.08.2006 zum zweiten Mal durch die Landeshauptstadt Potsdam radeln und gegen 18:00 Uhr auf dem BUGA-Gelände ankommen.

#### **Überleitung Kita Marquardt**

Herr Schweers teilt mit, dass die Kita „Seepferdchen“ im OT Marquardt am 01.08.2006 zum Träger der Anerkannten Schulgesellschaft mbH, Sitz in Annaberg-Buchholz, wechselt. Der Betriebsüberlassungsvertrag liegt dem Jugendamt unterschrieben vor, der Mietvertrag ist abgeschlossen.

Mit dem Kita-Personal wurde zu 100 % Einvernehmen hergestellt. Die Mehrheit der Eltern und der Ortsbeirat befürworten den Trägerwechsel.

#### **Ferienpass**

Herr Schweers stellt den diesjährigen Ferienpass vor.

Frau Schulze weist darauf hin, dass es in den vergangenen Jahren bei der Verteilung der Ferienpässe logistische Probleme gab und fragt, ob diese jetzt behoben sind?

Herr Schweers erklärt, dass dies jetzt behoben sein sollte. Er weist auch darauf hin, dass im Jugendamt sowie im Bürgerservice Ferienpässe ausliegen.

### **Kita Sonnenblume im Kirchsteigfeld**

Frau Schulze weist auf den entsprechenden Schriftwechsel der Eltern der Kita hin, aus dem hervorgeht, dass derzeit nicht nach dem beschlossenen pädagogischen Konzept gearbeitet wird. Sie schildert kurz den Sachstand. Sie fragt die Verwaltung, ob diese Informationen auch dort angekommen sind.

Frau E. Müller bestätigt, dass diese Informationen in der Verwaltung angekommen sind. Die Probleme werden in einem gemeinsamen Termin besprochen.

Frau Dr. Müller bittet die Verwaltung, in der nächsten Sitzung des JHA über die Ergebnisse des Gespräches zu informieren.

Frau E Müller sagt dies zu.

### **zu 3 Bericht der Unterausschüsse/Regionalarbeitskreise**

Frau Parthum berichtet über den Klausurtag der RAK-Koordinatoren. Das Protokoll ist unter [madstop.de](http://madstop.de) abrufbar.

Herr Harder berichtet darüber, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit folgenden Themen befasst hat:

- Kinderklub Potsdam-West
- Sachstand Sozialraumorientierung
- Antrag der Arbeitsgemeinschaft Hilfen zur Erziehung nach § 78 KJHG
- Jugendklub OFF LINE und OFF LINE Junior
- Jugendförderplan 2007

Für die Erstellung des Jugendförderplanes muss eine geeignete Form der Beteiligung gefunden werden. Dies könnten die Kleine Liga, Strategierunde und Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sein.

Die Verwaltung hat von der Steuerungsgruppe den Auftrag angenommen, eine geeignete Form für eine gemeinsame Bedarfsermittlung zu finden.

Frau Dr. Müller ergänzt, dass der Jugendförderplan gemeinsam mit dem Haushaltsplan 2007 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und beraten wird.

Herr Voehse merkt kritisch an, dass die Strategiegruppe nicht das Mandat der Regionalarbeitskreise hat. Er bittet hier um die Festlegung klarer Zugangsmöglichkeiten.

Herr Schweers informiert, dass am 06.07.2006 die Sprecher der RAK's und FAK's sowie ein Vertreter der Kleinen Liga zu einem Gespräch eingeladen sind. Er erklärt, dass dies eine offene Gruppe ist. Dies soll keine geschlossene Veranstaltung sein.

Herr Voehse schlägt vor, der Gruppe das Mandat zu erteilen.

#### zu 4 **Bericht des STIBB zur Verwendung der ausgereichten Mittel**

Frau Dr. Müller bedankt sich für das ausführliche und umfangreiche Material, das im Vorfeld der Sitzung an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ausgereicht wurde.

Frau Kernich (STIBB) macht deutlich, dass der Kinderschutz grundsätzlich vor den Hilfen zur Erziehung, mitunter aber auch daneben steht. Sie stellt kurz das Tätigkeitsspektrum des STIBB dar.

Frau Dunand gibt einen Überblick über die Verwendung der finanziellen Mittel 2004, 2005 und 2006 im Vergleich.

Herr Wernick-Otto betont, dass er die Verwendung der Mittel nie in Zweifel gezogen hat. Er fragt, ob sich in der letzten Zeit Schwerpunkte der Arbeit verlagert haben.

Frau Knoblich spricht sich dafür aus, dass wenn eine inhaltliche Diskussion geführt werden soll, dies in einer gesonderten Sitzung in die Tagesordnung aufzunehmen.

Herr Liebe macht auf den großen Aufwand aufmerksam, der hier betrieben wird, um die Familien zu unterstützen. Dies wird anhand der ausgereichten Unterlagen sehr deutlich. Er spricht sich deutlich dafür aus, die Förderung hier auf jeden Fall weiterzuführen.

Frau Eiserbeck fragt, wie viele Personalstellen finanziert werden.

Frau Dunand macht deutlich, dass es sich hier um Anteile handelt. Kinderschutzaufgaben in Potsdam haben sich immer situativ verändert. Sie weist auf die gute Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und anderen Institutionen hin. Sie schlägt vor, eine Jugendhilfeausschuss-Sitzung im Kindertreff am Stern durchzuführen.

Frau Dr. Müller dankt für die geleistete Arbeit und regt an, eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses im STIBB-Kindertreff am Stern durchzuführen.

#### zu 5 **Eröffnung Kinderklub Potsdam-West Vorlage: 06/SVV/0577**

Herr Piekara stellt kurz das Konzept vor.

Herr Harder informiert, dass der UA das Konzept intensiv diskutiert hat und dem JHA empfiehlt, es zu beschließen.

Herr Liebe weist auf die mögliche Gefährdung des Konzeptes angesichts der derzeitigen finanziellen Situation der PAGA, besonders bei Integrationsmaßnahmen hin.

Frau E. Müller erklärt, dass ein Notfallplan hinsichtlich der Zielgruppen beschlossen wurde. Auch soziale Träger sind hier als prioritär zu betrachten. Das trifft auch für diesen Träger zu.

Herr Voehse fragt, ob die pädagogische Arbeit auch ohne MAE-Kräfte abgesichert ist.

Frau E. Müller erklärt, dass dies so ist. Die MAE-Kräfte sind zusätzliche Kräfte.

**Beschlusstext:**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:  
Eröffnung eines Kinderklubs in Potsdam-West durch die EJF-Lazarus gAG mit Wirkung vom 01.07.2006.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 12

Ablehnung: 0

*Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

**zu 6 Information zu Reihenuntersuchungen bei 2- bis 4jährigen Kindern**

Frau Kaiser erklärt, dass die Reihenuntersuchungen als Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung durch das Gesundheitsamt durchzuführen sind.

Aufgrund des Rückganges der Wahrnehmung der Reihenuntersuchungen wurde durch das MASGF ein Runderlass herausgegeben, nachdem 80 % der 2- bis 4jährigen Kinder untersucht werden müssen. Das bedeutet, dass mit dem selben Personal jetzt ca. 2.900 Kinder mehr untersucht werden müssen. Daher müssen Kompromisslösungen gefunden werden.

Zugunsten der 2- bis 4jährigen werden bei den Schülern der 10. Klassen die die Schule verlassen, Schulabgangsuntersuchungen durchgeführt.

Die Untersuchungen der Schüler der 6. Klassen wird ein Stück weit zurückgestellt. Auch die Untersuchungen zur Schuleinführung können bei denjenigen entfallen, die sich gesund weiterentwickelt haben. Hier gibt es auch entsprechende Signale aus den Einrichtungen oder von Eltern.

Frau E. Müller ergänzt, dass jetzt eine halbe Kinderarztstelle zur Besetzung ausgeschrieben wurde.

Herr Papadopoulos fragt, wie die 80 % der zu untersuchenden Kinder erreicht werden.

Frau Kaiser erklärt, dass hier versucht wird, ein Maximum zu erreichen. Ein großer Teil der Kinder wird in Kindereinrichtungen betreut. Die Eltern, deren Kinder nicht in Einrichtungen betreut werden, werden durch das Gesundheitsamt angeschrieben.

Frau E. Müller erklärt, dass hier ein hoher Anteil an präventiver Arbeit geleistet wird und somit die Krankenkassen entlastet werden. Diese sollten sich hier finanziell beteiligen.

## zu 7 **Föderalismusreform und einheitliche Kinder- und Jugendhilfe**

Herr Harder bringt in seiner Funktion als Vorsitzender des Unterausschusses Jugendhilfeplanung den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dies dann möglicherweise auch den zuständigen Ausschüssen im Bundestag zuzuleiten.

Herr Liebe macht darauf aufmerksam, dass die Diskussion zu den Strukturen der Jugendämter schon geraume Zeit geführt wird.  
Er unterstützt den Antrag.

Herr Schweers weist darauf hin, dass es tatsächlich in zwei Bundesländern die Diskussion zur Auflösung der Jugendämter und Jugendhilfeausschüsse gibt. Auch der Landesjugendhilfeausschuss hat sich mit diesem Thema befasst und dies klar abgelehnt.

Herr van Leeuwen fragt, ob es für Brandenburg auch zu befürchten wäre, dass dies eintritt.

Herr Schweers weist darauf hin, dass hier Bundesgesetze an die Landesebene abgegeben werden sollen. Der Umgang des Landes Brandenburg mit dieser Situation ist nicht vorauszusehen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, mit dem Beschluss des Antrages auch die Weiterleitung an den Bundestag und die entsprechenden Ausschüsse zu beschließen.

### **Beschlusstext:**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Der Jugendhilfeausschuss der Landeshaupt Potsdam spricht sich für die Beibehaltung der bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen des SGB VIII für Aufgabenstellungen (§§ 1, 2, 79, 82 ff.), Organisationsregelungen (§§ 69 ff.) und Verfahren (§§ 36 ff., 78, 80) in der Kinder- und Jugendhilfe aus.

Nur so können das Kindeswohl und gleichwertige Lebensverhältnisse für Kinder, Jugendliche und ihre Familien im föderalen Bundesstaat angemessen geschützt und gefördert werden.

Die im März 2006 vorgeschlagene Änderung von Artikel 84 Grundgesetz wird für die Kinder- und Jugendhilfe abgelehnt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

*Dem Antrag wird zugestimmt.*

## zu 8 **Integrierte Kita-, Hort und Schulbedarfsplanung**

**Vorlage: 05/SVV/0955**

**neue Fassung**

Frau Dr. Müller informiert, dass sich der Bildungsausschuss mit dem vorliegenden Antrag befasst und den Termin August 2006 aus dem Antragstext gestrichen hat.

Frau Knoblich macht deutlich, dass der Antrag daraufhin zielt, dass die Zusammenarbeit zwischen Schulverwaltungsamt und Jugendamt intensiviert werden

soll. Sie weist hier u.a. auf die Situation in der Karl-Foerster-Schule hin.

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Kita-, Hort-Planung mit der Schulentwicklungsplanung in Einklang zu bringen, damit Bedarfe optimal abgestimmt werden können.

Dabei sollen sich die Planungen an den Sozialräumen orientieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 0

Dem Antrag wird zugestimmt.

**zu 9                    Sicherung der offenen Kinder- und Jugendarbeit**  
**Vorlage: 06/SVV/0428**

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen. Sie erinnert daran, dass der Prüfauftrag des Jugendhilfeausschusses an den Oberbürgermeister aus 2006 bezüglich der Schulsozialarbeiten noch immer offen ist.

Frau Knoblich fragt, ob der Antrag auf den Haushalt 2007 abzielt, oder möglicherweise bereits für 2006 gelten soll.

Frau E. Müller erinnert daran, dass die im Antrag benannten Personalstellenkürzungen Teil des Haushaltssicherungskonzeptes sowie der Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Bestands- und Bedarfsanalyse Jugend(sozial)arbeit 2004/2005 sind. Es handelt sich hier um eine abgestimmtes komplexes Gesamtpaket, das mittelfristig eine die Grundversorgung sichernde Struktur der Potsdamer Jugendförderung gewährleisten soll. Dieses berücksichtigt in seiner Prioritätensetzung bezüglich der Personalzumessung sowohl das Verhältnis von sozialräumlich orientierten zu gesamtstädtischen gesetzlich pflichtigen Leistungen der Jugendhilfe und dieser zu freiwilligen Aufgaben im besonderen Stadtinteresse als auch die jeweiligen sozialräumlichen Unterschiede, insbesondere die sozialen Belastungen.

Mit dem Beschluss zum Jugendförderplan 2006 bis 2007/2009 folgten Jugendhilfeausschuss und Stadtverordnetenversammlung den Analyseergebnissen und hieraus abgeleiteten Planungsschlussfolgerungen der Verwaltung. Somit sind weitere Personalstrukturveränderungen in den vorgenannten Teilbereichen für die Verwaltung nur innerhalb des von Jugendhilfeausschuss und Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Personalkontingent- bzw. HSK-Rahmens sowie der damit verbundenen Prioritätensetzungen möglich.

Die mit dem o.g. Jugendförderplan-Beschluss verbundenen Aufträge zur Definition künftiger Kernaufgaben offener stationärer Kinder- und Jugendarbeit und Eruiierung von Kompensationsmöglichkeiten für die HSK-bedingten Personalstellenreduzierungen der Jugendförderung durch anderweitig finanzierte Angebote unter Nutzung der vorhandenen Jugendfördereinrichtungen sind in Arbeit, nachhaltige Lösungen allerdings erst im Zuge der sozialraumorientierten Strukturveränderungen der gesamten Potsdamer Jugendhilfe möglich bzw. zu erwarten.

Herr Dr. Henrich spricht sich dafür aus, dass der Jugendhilfeausschuss um jede Stelle, die für die Kinder- und Jugendarbeit zu bekommen ist, kämpfen muss.



Herr Liebe fragt, ob sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit dem vorliegenden Antrag befasst hat.

Frau Dr. Müller verneint dies.

Frau Knoblich fragt, ob die 92.500 Euro in 2006 fehlen.

Herr Schweers erklärt, dass das so für die Medienwerkstatt zutrifft, für den Klub 18 und die Schulsozialarbeit erst 2007 greifen würde.

Frau Dr. Müller macht darauf aufmerksam, dass die Personalkosten nicht in das Jahr 2007 übertragbar sind.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass es Minderausgaben bei Personalkosten in diesem Jahr gibt. Dies ist für 2007 nicht vorhersehbar.  
Um eine qualifizierte Schulsozialarbeit durchführen zu können, werden dauerhaft Stellen benötigt.

Herr Schweers sagt zu, die Analyse spätestens im September 2006 vorzulegen.

Herr Wartenberg schlägt vor, dass sich der Unterausschuss Jugendhilfeplanung erst mit der Analyse befasst und anschließend die Diskussion im Jugendhilfeausschuss geführt werden sollte.

Frau Dr. Müller schlägt folgende Änderung des Antrages vor:  
*„Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass aus regelmäßig jährlich entstehenden Minderausgaben bei Personalkosten dauerhaft Projekte und Personalstellen gemäß §§ 11 bis 14 KJHG in Höhe finanziert werden.“*

Herr Liebe beantragt, sich auf eine Summe von mindestens 100.000 Euro festzulegen.

Herr Dr. Henrich beantragt aufzunehmen, dass anteilmäßige Mittel bereits für 2006 einzustellen sind.

#### **Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass aus regelmäßig jährlich entstehenden Minderausgaben bei Personalkosten dauerhaft Projekte und Personalstellen gemäß §§ 11 bis 14 KJHG in Höhe von mindestens 100.000 Euro pro Jahr, anteilmäßig bereits für 2006, finanziert werden.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

*Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

## **zu 10 Umsetzung der 'Leitlinien zur Familienpolitik' der Landesregierung durch die Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 06/SVV/0509**

Frau Dr. Müller informiert, dass sich der Ausschuss Gesundheit und Soziales in seiner Sitzung am 20.06.2006 dafür ausgesprochen hat, auf S. 4 der Leitlinien

den Punkt 2 „Der Familienbegriff“ wie folgt ergänzt wird: „Der Familienbegriff *im Sinne dieser Leitlinie*“.

In der weiteren Diskussion im Ausschuss Gesundheit und Soziales wurde auf S. 4 der Leitlinien im Punkt 2 (Familienbegriff) folgende Änderung der Formulierung empfohlen:

„Familien sind Haushalte .... die mit *einem oder mehreren Minderjährigen* in einem Haushalt leben...“

Der Jugendhilfeausschuss schließt sich diesen Formulierungsvorschlägen an.

Herr van Leeuwen spricht sich für die Leitlinien aus. Der Familienpass sollte aus seiner Sicht definiert werden. Bevor er dem Familienpass zustimmen kann, bittet er um Erläuterung, was sich hinter dem Familienpass verbirgt.

Frau Schulze weist darauf hin, dass jetzt ein Familienpass des Landes herausgegeben wurde. Dieser sollte hier Berücksichtigung finden

Herr Schweers berichtet, dass der Finanzausschuss in der Oktobersitzung dargestellt haben möchte, welche finanziellen Auswirkungen ein Familienpass hat.

Herr van Leeuwen sieht Widersprüche in den Leitziele 2 und 9 auf Seite 5 zum Punkt 3 der Leitlinien.

Frau E. Müller macht deutlich, dass dies lediglich aus dem Landesprogramm übernommen wurden. Hieraus müssen Handlungsempfehlungen entwickelt werden.

Herr Schweers erklärt, dass dies die Leitziele der Landesregierung sind.

Herr Dr. Henrich weist auf redaktionelle Fehler auf Seite 11 bei Handlungsempfehlungen „Sport“ hin.

Frau Parthum: fragt, ob in den Handlungsempfehlungen „Kinder- und Jugendarbeit“ aus S. 13 der Leitlinien die offene Kinder- und Jugendarbeit gemeint ist.

Herr Schweers erklärt, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit gemeint ist.

## zu 11 **Förderung von Familien** **Vorlage: 06/SVV/0475**

### **Geänderter Beschlusstext:**

Potsdam soll beispielgebende kinder- und familienfreundliche Gemeinde im Land Brandenburg werden.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, bis zum 01.01.2007 ein Konzept zur Umsetzung der Leitlinien zur Familienpolitik vorzulegen. Die Maßnahmen des Konzepts sollen bei der Haushaltsaufstellung für 2007 Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang soll ein Familienpass im Abgleich mit dem vom Land herausgegebenen Familienpass eingeführt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 12      Sonstiges**

Frau Parthum weist auf ein Fortbildungsangebot zu „Handys in der Alltagswelt“ am 05.09.2006 hin und reicht die entsprechenden Flyer aus.

Frau Eiserbeck erinnert daran, dass sich der Jugendhilfeausschuss vorgenommen hat, regelmäßig in Kinder- und Jugendeinrichtungen zu tagen.

Frau Dr. Müller schlägt vor zu prüfen, ob am 24.08.2006 die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im STIBB-Kindertreff am Stern durchgeführt werden sollte.

**Nächster Jugendhilfeausschuss:                      24. August 2006                      16:30 Uhr**

**Dr. Sigrid Müller  
stellv. Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra  
Protokoll**